

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 427 28. Januar 2009

15. Jahrgang

„Ich hab’ Angst vor dem was kommt.“

Finanzkrise raubt Strassenkindern Unterstützung

„Wir hören gerne Musik zusammen oder schauen Videos“, sagt Marta. Sie ist gerade vierzehn Jahre alt geworden. „Manchmal tanzen wir auch oder singen. Das macht grossen Spass.“ Marta lebt seit sechs Monaten in dem Heim für Mädchen des guatemaltekischen Kinderhilfswerks Casa Alianza. Ein Familiengericht hat sie dort eingewiesen, weil sie zu Hause bei ihrer Mutter nicht den notwendigen Schutz bekam. Das Mädchen ist schwanger. Sie verrät nicht, wer der Vater ist. Wahrscheinlich ein naher Verwandter. Bei Casa Alianza fühlt sie sich wohl: „Hier leben wir wie in einer grossen Familie.“ Aber das wird bald vorbei sein. Die Organisation schliesst ihre Tore. „Die Arbeit kann nicht weitergeführt werden“, erklärt Leonel Dubon, der Programmdirektor von Casa Alianza. „Uns stehen nicht mehr die notwendigen Mittel zur Verfügung.“

Der folgende Artikel über die Schliessung der Heime von Casa Alianza Guatemala wurde uns freundlicherweise von dem in Guatemala lebenden deutschen Journalisten Andreas Boueke zur Verfügung gestellt.

28 Jahre lang hat sich Casa Alianza so intensiv wie keine andere Institution in Mittelamerika um die Wahrung der Rechte von Strassenkindern und missbrauchten Kindern bemüht. Als Lobbygruppe ist das Hilfswerk weltweit mit Öffentlichkeitsarbeit und politisch wirksamen Aktionen dafür eingetreten, dass Strassenkinder von der Gesellschaft wahrgenommen und unterstützt werden. Ihre SozialarbeiterInnen waren wichtige AnsprechpartnerInnen für Tausende Kinder und Jugendliche, die ohne erwachsene Bezugspersonen aufgewachsen sind. In verschiedenen Krisenzentren und Kinderheimen wurde ausgestossenen Kindern ein neuer Anfang und eine positive Zukunftsperspektive ermöglicht. Das alles ist jetzt vorbei, von heute auf morgen. Der Guatemalteke Leonel Dubon ist erschüttert: „Die Zukunft der Kinder in diesem Land ist ziemlich hoffnungslos. Es gibt keine andere Organisation, die die Rolle von Casa Alianza übernehmen könnte. Dies ist ein harter Schlag für die Strassenkinder und für die Präventionsarbeit in den städtischen Armenvierteln.“

Auch für viele Eltern war die Nachricht ein Schock. Isabel Lopez ist Mutter von vier Kindern, von denen drei in den vergangenen Monaten bei Casa Alianza gelebt haben. Sie selbst ist auch von der Organisation unterstützt worden: „Hier leben viele Mädchen, deren Mütter es nicht schaffen, sie zu versorgen. Aber ihnen wird geholfen. Als Mutter kannst du viele Dinge lernen. Schneidern, Brot backen, Konditorei, Kochen. So kann man sein Leben selbst in die Hand nehmen.“

Verluste an der Börse und weniger Spenden

Casa Alianza wird seit Jahren auch aus Deutschland unterstützt, aber der wichtigste Finanzgeber ist die US-amerikanische Organisation *Covenant House*. Als die Direktorin von Casa Alianza Guatemala, Claudia Rivera, vor wenigen Wochen von einem Besuch der *Covenant House*-Zentrale in New York zurückgekommen ist, war das düstere Ende schon abzusehen.

„Ein gewisser Teil unserer Einnahmen hängt von den Börsenwerten ab. Die Einbrüche der Aktien haben uns geschadet. Ausserdem hat die steigende Arbeitslosigkeit in den USA dazu geführt, dass weniger gespendet wird. Bevor Betriebe Leute entlassen, streichen sie lieber Gelder für Projekte, die sie früher unterstützt haben. Irgendwann musste das die Kinder treffen, mit denen wir arbeiten.“

Nathan Byrd, Direktor für strategische Programmplanung von *Covenant House* in New York, hat nach mehreren Phasen der Restrukturierung keinen anderen Weg mehr gesehen, als die Unterstützung für Casa Alianza in Guatemala zu streichen: „Wie jedes gute Unternehmen haben auch wir Geld in Aktien angelegt. Es ist offensichtlich, dass wir da Verluste gemacht haben. In dieser Situation mussten wir uns eingestehen, dass es nicht weiter möglich war, die Dienstleistungen der Organisation auf diesem Niveau zu halten. Wir hatten nicht einmal die finanzielle Liquidität, dieses Jahr vernünftig zu beenden. Deshalb haben wir jetzt einen Schlussstrich gezogen, um den MitarbeiterInnen und den Kindern von Casa Alianza jedes ihnen zustehende Recht garantieren zu können. Wir bezahlen alle Abfindungen und stellen sicher, dass noch genug Personal da ist, um die Kinder angemessen in einen neuen Lebensabschnitt zu begleiten. Keines der Kinder soll auf der Strasse landen.“

Viele Kinder werden zurück zu ihren Eltern gehen müssen, obwohl einige vor der Gewalt zu Hause auf die Strasse geflohen sind. Einige wenige werden bei anderen Organisationen untergebracht, aber keine hat soviel Erfahrung in der Arbeit mit minderjährigen Drogenabhängigen oder Opfern sexuellen Missbrauchs wie Casa Alianza. Schon gar nicht der guatemaltekische Staat. Der hat diese Verantwortung schon seit Jahrzehnten weitgehend Nichtregierungsorganisationen überlassen.

Mit dem Beschluss des Vorstands von *Covenant*

House, die Unterstützung für Casa Alianza Guatemala zu streichen, ist die Organisation nicht mehr lebensfähig. Die meisten der hauptamtlichen Mitarbeiter wurden am 19. Januar 2009 entlassen. „Das Traurige ist, dass die globale Krise wieder einmal die Bedürftigsten am stärksten trifft“, sagt Leonel Dubon. „Dies ist ein Beispiel dafür, dass die verwundbarsten Länder besonders stark betroffen sind. Die reichen Nationen werden zuerst die Unterstützung für andere Länder kürzen, bevor sie ihre eigenen Sozialprogramme beschneiden. Heute trifft es Casa Alianza in Guatemala, aber wir glauben, dass wir nicht die Letzten sein werden. Die Ereignisse bei uns haben die anderen sozialen Organisationen aufgerüttelt. Sie müssen jetzt analysieren, was sie tun können, damit es nicht zu einem Dominoeffekt kommt, der dazu führt, dass alle anderen auch stürzen.“

Ausländische Freiwillige unterstützen

In den verschiedenen Heimen von Casa Alianza stehen neunzig Kinder vor

dem Nichts. Viele individuelle Lösungen müssen gefunden werden. Dabei helfen einige junge, ausländische Freiwillige mit. Die Kinder müssen ernährt werden und der Schulunterricht soll vorerst weitergehen. Der junge Schweizer Lukas Linsi ist voll eingespannt. „Alles läuft ein bisschen chaotisch und sehr überraschend. Ich bin morgens um vier angerufen worden, um ins Zentrum zu kommen. Hier wurde mir plötzlich gesagt: Casa Alianza ist geschlossen, aber wir brauchen dich noch. Mit der Unterstützung der Freiwilligen geht es eigentlich ganz gut. Wir arbeiten halt sehr viel. 15 Stunden am Tag mit den Kindern zusammen sein, das ist schon anstrengend.“

Lukas möchte noch bis Juli in Guatemala bleiben. Demnächst wird er sich umschauen, in welcher anderen Organisation er mitarbeiten kann. Es sollte ihm nicht schwer fallen, etwas zu finden. Der Bedarf an längerfristiger freiwilliger Mitarbeit ist gross. Das mindert aber nicht seine Enttäuschung darüber, dass die Arbeit von Casa Alianza nicht mehr weitergeht. „Jetzt müssen die Strassenkin-

der die Konsequenzen der Fehler von Wallstreet-Brokern zahlen. Es trifft die am härtesten, die überhaupt nichts haben, keine Familien, kein zu Hause. Einige haben über Jahre hier im Heim gelebt und jetzt werden sie wieder rausgeschmissen, vor die Tür gesetzt.“

Der fünfzehnjährigen Brenda steht der Schrecken ins Gesicht geschrieben. „Ich werde meine Freundinnen vermissen“, sagt sie. „Es ist schwierig, woanders neue Freundinnen zu finden. Wir waren aneinander gewöhnt. Es wird mir schwer fallen, all die Mädchen zu vergessen.“ Brenda weiss nicht, wie es jetzt weitergehen soll. „An die Zeit hier werde ich mich gerne erinnern. All die Unterstützung, die ich bekommen habe. Als ich noch zu Hause war, habe ich nie gelernt, was richtig ist und was falsch. Das habe ich erst hier erfahren und noch vieles mehr. Vielleicht werde ich jetzt auf der Strasse leben. Aber ich danke Gott für das Jahr und die fünf Monate, die ich hier sein durfte. Ich habe Angst vor dem was kommt. Darauf bin ich nicht wirklich vorbereitet.“

Colom präsentiert wirtschaftlichen Notplan

Guatemala, 15. Januar. Angesichts des Ausmasses der internationalen Finanzkrise sah sich auch die guatemaltekeische Regierung gezwungen, ein "Nationales Not- und Aufschwungprogramm" zur Rettung der nationalen Wirtschaft zu präsentieren. Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight erklärte, dass man versuchen werde, durch eine antizyklische Steuerpolitik die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, um damit wenigstens teilweise den Rückgang der privaten Investitionen aufzufangen.

Das Programm umfasst 14 Massnahmen, darunter die Investition in Infrastrukturprojekte und als Folge davon die Generierung von Arbeitsplätzen. Ebenfalls gehört die Vergabe von Mikrokrediten und die Bildung diverser Krisenstäbe zu den Massnahmen des Notprogramms. Neu soll künftig auch erlaubt sein, in Teilzeit zu arbeiten, was bisher in Guatemala per Arbeitsgesetz verboten war.

Bei den Infrastrukturprojekten geht es konkret um den Strassenbau. So wird die Strecke CA-01, also die als *Panamericana* bekannte Nord-Süd-Verbindungsachse auf dem Teilstück Tecpán - Los Encuentros - Nahualá - Cuatro Caminos, bereits vierspurig ausgebaut. Ebenfalls soll der Bau der *Franja Transversal del Norte* (Ost-West-Achse) vor-

angetrieben werden. Offenbar gelang es, mit der *Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftliche Integration* (BCIE) einen Kredit neu auszuhandeln, der Guatemala dank niedrigem Zinssatz um 140 Mio. US-\$ billiger kommt, als ursprünglich abgemacht gewesen war. Weiter sollen die Verhandlung über eine zentralamerikanische Zollunion vorangetrieben und InvestorInnen für den Elektrizitäts-, Gas- und Ölsektor gesucht werden.

Ob all diese Massnahmen tatsächlich eine Erleichterung für das Portemonnaie von Herrn und Frau "Chapín" bedeuten, ist fraglich. Selbst das grösste Investitionsprogramm macht weder die Lebensmittel billiger noch erhöht es die Löhne und somit die Kaufkraft der Bevölkerung. Denn laut dem *Institut für Statistik* (INE) ist der Grundwarenkorb (der 26 als "lebenswichtig" klassifizierte Nahrungsmittel einschliesst) im letzten Jahr um knapp 20% teurer geworden. Im Dezember 2008 hat die Grundversorgung (Essen, Kleider, Wohnung, Gesundheit, Transport, Bildung und Freizeit) einer 5-köpfigen Familie rund 3600 Quetzales (ca. 460 US-\$) gekostet. Bei einer Meinungsumfrage von *Vox Latina* gaben 79.7% der Befragten an, dass sie von der Finanzkrise betroffen seien, derweil bisher bloss 46.7% darüber nachgedacht hat, wie staatlicherseits oder individuell

deren Konsequenzen begegnet werden könne. Auf die Frage, was die Regierung unternehmen sollte, wurden u.a. die Senkung von Gehältern und die Reduktion von Reisen staatlicher Angestellten vorgeschlagen. Auf der individuellen Seite will man weniger konsumieren, mehr sparen und im Notfall einen zweiten Job annehmen, um die Krise zu meistern.

Einen solchen zu finden, ist allerdings nicht ganz einfach. VertreterInnen von Stellenvermittlungsbüros weisen darauf hin, dass sich das Angebot an Arbeitsplätzen im Verlauf des letzten Jahres um 30% verringert habe, derweil die Nachfrage um 100% gestiegen sei. Nach wie vor trifft die Arbeitslosigkeit in erster Linie Menschen, die Jobs in niedrigeren Rängen bekleideten, doch gibt es gemäss guatemaltekeischem Arbeitgeberverband auch erste Geschäftsführer und Manager, die ihre Stelle verloren haben.

Dieser Tage kündigten verschiedene Banken ihren HypothekarschuldnerInnen an, dass der Zinssatz ihrer Kredite um 1% steigen werde. Erklärt wird diese Massnahme mit der internationalen Finanzkrise und einer restriktiveren Politik der guatemaltekeischen Nationalbank. Finanzminister Fuentes Knight verspricht aber für 2009 eine Deflation, was zu einer erneuten Senkung des Leitzinses führen werde.

Minenaktivitäten im Blick, wenn´s gefällt oder nicht zu vermeiden ist

Guatemala, 23. Jan. Mitte Januar verpflichteten sich die Präsidenten der drei Staatsorgane - Judikative, Legislative und Exekutive - bei einem Treffen mit AnwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez, Departement Guatemala, und San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, die Projekte des nationalen Zement-Unternehmens *Cementos Progreso* und einigen Minenabbauunternehmen in diesen Gemeinden zu überprüfen. Laut den Sprechern der beiden Gemeinden Mario Mij und Javier de León, sei diese Übereinkunft innerhalb von zwei Wochen einzuhalten. Seitens des Staates gaben Roberto Alejos, diesjähriger Präsident des Kongresses, Rubén Eliú, Vorsitzender des Justizsektors und Rafael Espada, Vizepräsident der Republik, ihr Wort. Demnach sollen die vergebenen Abbaulizenzen auf ihre Rechtmässigkeit hin durchgesehen werden, um Strassenblockaden und -proteste zu vermeiden, wie sie am 14. Januar Präsident Coloms Auftritt anlässlich der Verlesung seines ersten Jahresberichtes sowohl in der Hauptstadt wie an Knotenpunkten im Landesinneren begleiteten.

Bislang seien zwar Dialogtische eingerichtet worden, doch dieser Mechanismus ist laut der betroffenen BäuerInnen wenig effektiv, sie würden den Führungspersonen nur die Zeit vertreiben, während die Bergbauunternehmen ihre Maschinen an einen anderen Ort brächten. Die AktivistInnen versicherten, dass sie sich weiterhin für die Verteidigung der Naturressourcen einsetzen werden, koste es, was es wolle.

Fast zur gleichen Zeit gab das Minen- und Energieministerium - das im Endeffekt die Lizenzen für den Abbau der Bodenschätze verhandelt und vergibt - die Einkünfte bekannt, die der Staat durch den Abbau von Gold und Silber durch transnationale Unternehmen im Jahr 2008 eingefahren hat. Danach stiegen diese um 22,4% im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 18,6 Mio. Quetzales. Dabei ist nicht zu vergessen, dass durch eine Gesetzesänderung unter Ex-Präsident und dem jetzigen Hauptstadtbürgermeister Alvaro Arzú 1996 der Prozentsatz des Gewinns, den ein Unternehmen für den Abbau von Metallen und Mineralien an den Staat zu zahlen hat, von 6 auf 1% gekürzt wurde. Der Gewinn von Gold schaffte 22,8% mehr an Divisen als 2007, während der Anteil von Silber um 17,9% anstieg.

Laut offiziellen Angaben erwirtschaftete *Montana Exploradora*, das grösste Unternehmen in Guatemala und Tochterunternehmen der kanadischen Firma *Gold Corp.*, einen Gesamtgewinn von rund 1,5 Mrd. Quetzales, 281 Mio. mehr als 2007. Dazu sind knapp 60 Mio. Quetzales zu summieren, die die nationale Gesellschaft *Rocas El Tambor* mit

der Produktion von 33 Tonnen Gold gewonnen hat.

Dabei ist die effektive Produktion von Gold lediglich um 1,2% auf 229,996 Troyonz (1 Troyonze = 31,1035 Gramm, spez. Masseinheit für Edelmetalle), die von Silber immerhin um 6,8% gesteigert worden. Laut Eduardo Villacorta, Regionaldirektor von *Gold Corp.*, habe man somit das Jahressoll für 2008 erfüllt und hoffe auf ein ebenso erfolgreiches neues Jahr. "Wir sind jetzt im vierten Operationsjahr und haben so langsam unseren Rhythmus gefunden", sagt der Vertreter des Unternehmens.

Unterdessen veröffentlichte OXFAM Amerika einen Artikel, aus dem klar hervorgeht, dass das Volk der Maya-K'ekch'ies, das im Nordosten Guatemalas, konkret im Departement Izabal lebt, seinerseits besonders von den Operationen und deren Folgen betroffen sei, die auf die Förderung von Erdöl und den Abbau von Nickel und anderen Metallen wie Chrom und Kobalt ausgerichtet sind. Die ständigen Minensprengungen trügen dazu bei, dass das fragile Ökosystem degradiere und zur Erosion der Oberfläche führe, was zusammen mit der zunehmenden Abholzung ein wachsendes Umweltrisiko für die BewohnerInnen der Zone darstelle, so der Artikel.

Gerade die Region um El Estor blicke auf eine Geschichte politischer Gewalt zurück, die sich zwischen den Minenunternehmen und den indigenen Gemeinden entwickelt habe. Letztere widersetzten sich u.a. durch den lokalen Entwicklungsverband AEPDI dem Eindringen der Unternehmen und weisen immer wieder auf die internationalen Rechtsinstrumente hin, die Guatemala zum Schutz der Umwelt und seiner Bevölkerung ratifiziert hat.

Auch andernorts in Guatemala insistieren die AnwohnerInnen auf ihr Recht auf eine gesunde Lebensumgebung und suchen angesichts der fehlenden Dialogbereitschaft von Seiten der Regierung, die im Zweifel nur unter Druck zeitweise zustande kommt, nach neuen Strategien. In Huehuetenango appellierte Francisco Mateo von der *Versammlung zur Verteidigung und zum Schutz der Naturressourcen und der Umwelt von Huehuetenango* daran, lokale Allianzen mit alternativen Kommunikationsmedien zu schliessen, um das Thema des Minenabbaus und die daraus entstehende Problematik für die Bevölkerung auf nationaler wie internationaler Ebene sichtbar und bekannt zu machen. Gleichzeitig sollen damit Räume geschaffen werden, um den Informationsmonopolen etwas entgegenzusetzen, so Mateo. Diese hätten nämlich sowohl in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen das Thema an den Rand ihrer Informationsdienste gedrängt und

berichtet fast nur, wenn es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen komme. Doch allein durch den Zusammenhalt unter den sozialen Organisationen sei es möglich, den nötigen Beitrag zu leisten, eine Balance in der Berichterstattung zu schaffen und damit zur Demokratisierung der Medien beizutragen. Damit soll über die Arbeit der Organisationen zur Einforderung ihrer Rechte und gleichzeitig über die beständige Verletzung derselben durch die Abbaubetriebe informiert werden.

Portillos Comeback

Guatemala, 19. Jan. Während die Staatsanwaltschaft versucht, den Fall des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo wegen der Hinterziehung von 120 Mio. Quetzales aus dem Verteidigungsministerium unter seiner Regierung der *Internationalen Untersuchungskommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) zur Ermittlung unterzuschieben, ohne dass diese sich zur Übernahme bereit erklärt hätte, kündigte der im Oktober von Mexiko ausgelieferte Portillo an, auf die politische Bühne zurückzukehren. Und zwar mit einer Front, die zusammengesetzt sein soll aus Gewerkschafts-, Volks- und BäuerInnenorganisationen, und in der sich auch die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) wohlfühlen werde. Ziel: 2011 die Wahlen gewinnen, eine gute Anzahl von Abgeordneten haben und damit die Veränderungen anstossen, die das Land brauche. Erste Gespräche mit Mitgliedern verschiedener Parteien sind bereits aufgenommen. Voraussichtlich wird die *Grosse Front der Einheit*, wie die Partei heissen soll, die *Partei Einheit der Nationalistischen Veränderung* (UCN) und die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) in sich aufnehmen. Auch wenn er verfassungsgemäss nicht für die Präsidentschaft kandidieren darf, weil er sie schon einmal innehatte, sind sich Portillo und die Gruppierung ihrer Sache sicher und überzeugt, mit Portillos Image zwischen 350'000 und 400'000 Stimmen zu gewinnen, zusätzlich zu den 100'000, die die zukünftige Partei auch ohne ihn einzuholen gedenkt.

Derweil sind die Bankkonten von Ex-Frau María Eugenia Padua und Tochter Otilia Portillo Padua eingefroren worden, die die beiden in Luxemburg und Frankreich haben und auf denen rund 2 Mio. Euro (ca. 21 Mio. Quetzales) liegen sollen. Luxemburg, Frankreich und die Schweiz hatten eine Warnung aufgrund "verdächtiger Kontobewegungen" ausgesprochen, die zwischen 2002 und 2003 von Guatemala aus getätigt worden waren.

Die Nicht-Alliierten in Guatemala

Guatemala, 26. Jan. Rund 300 Frauen aus 85 Ländern aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik trafen sich Ende letzter Woche in Guatemala mit einem gemeinsamen Ziel: die Fortschritte und Herausforderungen zu analysieren, die die Millenniums-Entwicklungsziele für die Frauen auf der Welt bedeuten. Die Delegierten auf der II Ministerialkonferenz traten als VertreterInnen der *Bewegung der Nicht-Alliierten Länder* (NOAL) auf und debattierten über Armut und Entwicklung, Zugang und Gesundheit und Bildung, Geschlechtergleichstellung und politische Beteiligung der Frauen.

"Es war ein sehr offener Dialog, in dem die Probleme angesprochen wurden, mit denen sich die Frauen an den verschiedenen Orten der Welt konfrontiert sehen, und es wurden mögliche Lösungswege analysiert", fasst Yolanda Ferrer, die Generalsekretärin der *Föderation der Kubanischen Frauen* (FMC), zusammen. - Kuba hat derzeit die Präsidentschaft der NOAL inne, Guatemala die Vizepräsidentschaft der Kommission der MinisterInnen und SekretärInnen für Kommunikation.

So eröffneten Kubas Außenminister Felipe Pérez Roque und Guatemalas Präsidenten Álvaro Colom gemeinsam die Veranstaltung. Pérez Roque forderte die VertreterInnen der 81 Delegationen dazu auf, einen Wechsel "in der Weltordnung" zu konsolidieren, die derzeit die "sozialen Ungerechtigkeiten vertieft". Es sei "an der Zeit, der konsumistischen Misswirtschaft und dem gescheiterten Neoliberalismus ein Ende zu setzen". Im Rahmen der internationalen Wirtschaftskrise und der Rezession der Märkte lehnte der kubanische Funktionär den Protektionismus ab, den europäischen Regierungen und die USA gegenüber ihren Finanzsystemen an den Tag legten. "Es fehlt nicht an Geld, sondern an politischem Willen, Ethik und Verantwortungsbewusstsein" so Pérez Roque, der die Banker von internationalen Unternehmen als "korrupt" bezeichnete. Zudem kritisierte er den reduzierten Beitrag der industrialisierten Länder gegenüber den Nationen mit einem hohen Armutsanteil: Bereits 1970 hätten sie einen Anteil von 0,7% ihres Bruttoinlandsproduktes als Entwicklungszusammenarbeit versprochen.

Auch verurteilte er die Kriegsoffensive der israelischen Armee im Gaza-Streifen, ein Thema, das aufgrund seiner Aktualität vor allem hinsichtlich der Situation der Frauen und Mädchen kurzfristig in die Debatte aufgenommen wurde.

Weitere intensiv diskutierte Themen waren die erhöhten Indizes, die in vielen der Länder bezüglich der Kinder- und Müttersterblichkeit vorherrschen, die wachsende Feminisierung von HIV/Aids und die medizinischen wie gesellschaftlichen Hindernisse, die ihrer Behandlung in den Weg gestellt werden.

"Es gibt irreführende Informationen in Bezug auf HIV, nicht nur, was die Art der Übertragung betrifft. Auch werden die HIV-positiv-diagnostizierten Frauen oft stigmatisiert und gesellschaftlich ausgeschlossen", resümiert Anastasia Nzang Nzead aus Äquatorialguinea. Laut ihr haben die Nicht-Alliierten Länder vieles, inklusive zahlreiche Probleme, gemein. Veranstaltungen wie diese Konferenz böten dabei die Möglichkeit, die verschiedenen Realitäten kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Lösungsmassnahmen zu entwickeln.

Auch das Thema der Frauenmorde beschäftigte die Teilnehmenden, vor allem, weil es eins der Hauptprobleme in Guatemala ist, wo im letzten Jahr mehr als 620 Frauen gewalttätig getötet wurden. Die Präsidentin der diesjährigen II NOAL-Konferenz und Gattin von Álvaro Colom, Sandra Torres, versprach Massnahmen, um diesem grausigen Phänomen zu entgegnen: Präventionskampagnen und die effektive Durchsetzung des im letzten Jahr verabschiedeten Sondergesetzes, das schwerere Strafen für diese Art des Verbrechens vorsieht, stehen auf ihrem Plan. Unabhängig davon schlug Torres die Einrichtung regelmässiger regionaler Treffen zwischen den Teilnehmenden vor, um die Realisierung der gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zu beobachten und zu begleiten.

Das nächste reguläre Ministerial-

treffen der NOAL wird 2010 im arabischen Emirat Katar stattfinden, fünf Jahre vor dem Datum, dass die Vereinten Nationen zum Erreichen der Millenniumsziele festgelegt haben.

An der Konferenz nahmen neben den genannten hohen FunktionärInnen auch Fadzilah Mohd Saaid, die Direktorin des *Instituts für Empowerment der Frau* der NOAL, teil, Inés Alberdi, Direktorin des *Entwicklungsfonds für die Frau der Vereinten Nationen* (UNIFEM), sowie Sonia Montaña, Leiterin der *Abteilung für Frauen und Entwicklung der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL).

Kuba und Russland nutzten derweil die Gelegenheit mittels ihrer Botschafter anzukündigen, dass ihre Kooperationsbeziehungen mit Zentralamerika zukünftig gestärkt werden sollen. Im Fall von Guatemala soll sich diese verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sicherheit niederschlagen. Nikolay Vladimir, Botschafter Russlands, teilte mit, dass RegierungsfunktionärInnen seines Landes in Kürze die Investitionsmöglichkeiten eruieren wollen und dafür eine Delegation aus UnternehmerInnen und VertreterInnen verschiedener Ministerien aus dem Wirtschaftsbereich den Kontakt mit dem guatemalteckischen Industrie- und Handelssektor aufnehmen will. Er versicherte, dass das Thema der Sicherheit für Russland an erster Stelle stehe. Aus diesem Grund werde es sicherlich Angebote in Sachen Geheimdienst und in anderen von Guatemala erwünschten Bereichen geben.

Die *Bewegung der Nicht-Alliierten Länder*, der sich Guatemala 1992 angeschlossen hat, wurde im September 1961 in Belgrad gegründet und vereint 118 Länder.

Schule gratis - aber doch nicht ganz

Guatemala, 21. Jan. Am 26. Januar müssen die meisten Kinder - sofern sie eine staatliche Schule besuchen - wieder zum Unterricht und sollten zumindest ein Heft und einen Stift dabei haben. Doch die im letzten Jahr von Präsident Álvaro Colom angekündigte Kostenlosigkeit des Schulunterrichts beinhaltet keine Schulutensilien, wie manche LehrerInnen und Eltern dachten. Die Regierungsvereinbarung des Bildungsministeriums sieht allein die Abschaffung der bisherigen Praxis vor. So darf in Zukunft an den öffentlichen Schulen kein Schulgeld mehr erhoben keine Schuluniformen mehr verkauft werden.

Schulbücher und Materialien sollen weder in den Schulen verkauft, noch können die Eltern verpflichtet werden, diese in bestimmten Läden zu kaufen. Gleichwohl übernimmt die Regierung nicht die Kosten für die Utensilien. Laut Bildungsministerium sollen die Schulen mit den 40 Quetzales (ca. US-\$ 5,-), die es pro SchülerIn zuweist, die Kosten für Wasser und Strom abdecken.

Wieder einmal - wie in manch anderem Bereich, in dem von der Politik Veränderungen angekündigt werden - fehlt es eindeutig an Klarheit und Kommunikation, was die tatsächliche Kostenbefreiung der Schulbildung angeht.

Guatemalas Gewalt gegen Frauen in Spanien dokumentiert

Madrid, 19. Jan. Norma Cruz, Leiterin der Stiftung *Sobrevivientes* ("Überlebende"), weiss wie es ist, jeden Tag "dem Tod ein Leben abzuringen", in einem Land, in dem die Strafflosigkeit und die Morde an Frauen "kein Alter kennen". Norma Cruz arbeitet seit 2003 zum Thema der Ausmerzung der Gewalt gegen Frauen in Guatemala.

Sie ist eine der Protagonistinnen des Dokumentarfilms "Blickwechsel. Fünf Geschichten aus Lateinamerika". Der Film entstand mit finanzieller Unterstützung der *Stiftung International und für Iberoamerika für Öffentliche Verwaltung und Politik* (FIAPP) in Zusammenarbeit mit dem Programm *EUROSOZIAL*, eine EU-Initiative, die von FIAPP koordiniert wird und der spanischen Nachrichtenagentur EFE.

Unter der Regie des Spaniers Ramón de Fontecha, der bereits 2003 mit dem Goya Film-Preis, den die spanische *Kunst- und Filmakademie "Goya"* jährlich verleiht, für einen Kurzdokumentarfilm ausgezeichnet wurde, werden in dem Film fünf Geschichten zusammengefügt, die in Argentinien, Paraguay, Chile, Peru und Guatemala gedreht wurden und von dem peruanischen Schriftsteller Santiago Roncagliolo präsentiert werden. Sie stellen jeweils eine aussergewöhnliche Lebenssituation dar, in der dank des besonderen Engagements der Hauptperson erfolgreich Einfluss auf die Politik des Landes geübt wird.

Nähere Informationen zu dem Film gibt es auf Spanisch unter www.uncambioenlamirada.org.

Im Fall von Norma Cruz und ihrer Stiftung handelt es sich um ihr Engagement rund um des Gesetzes gegen Femicid und andere Formen der Gewalt gegen Frauen, das im letzten Jahr vom guatemaltekischen Kongress verabschiedet wurde, was wesentlich auf die Lobbyarbeit von *Sobrevivientes* zurückzuführen ist. In Anwesenheit von Norma Cruz und hochrangigen spanischen Funktionärinnen wurde "Un cambio en la Mirada" jetzt in Madrid das erste Mal gezeigt.

In einem Interview mit EFE erläuterte Norma Cruz einige Details ihres täglichen Kampfes und klagte die Situation der Strafflosigkeit an, die in Guatemala herrscht. "Allein in 2008 wurden 722 ermordete Frauen gezählt, im Schnitt mehr als 50 im Monat", so Cruz.

Die 45-jährige Aktivistin gründete die Vereinigung *Sobrevivientes* vor sechs Jahren, um den Frauen in Guatemala beizustehen, sie zu schützen und zu verteidigen, nachdem sie aus nächster Nähe diese Art der Gewalt erlebt hat, die sie heute denunziert: "Meine Tochter Claudia María ist Opfer sexueller Gewalt geworden. In dem Moment habe ich festgestellt, dass ich mich für die Gerechtigkeit einsetzen und diese Verhältnisse an die Öffentlichkeit bringen muss, von denen tausende von Mädchen betrof-

fen sind. (...) Zuerst knüpfte ich Kontakte zu anderen Frauen, die in der selben Situation waren wie ich, bis wir nach Jahren der Kleinarbeit 2005 endlich zum Kongress angehört worden sind", erklärt sie. Mit der Hilfe einiger Parlamentarierinnen erreichte sie, dass ein Fonds gebilligt wurde, mit dem 2006 eine Herberge errichtet werden konnte, in der derzeit zwischen 1'000 und 1'500 Frauen im Jahr betreut werden. "Wir bieten ihnen Rechtsberatung und psychologische Behandlung für sich selber und den engsten Familienkreis an", berichtet die Leiterin von *Sobrevivientes*.

Ein Team von 38 Personen arbeitet in der individuellen Betreuung der Frauen, die die Stiftung aufsuchen. Die zehn engagierten Anwälte nehmen im Schnitt 20'000 Anträge für Rechtsberatungen entgegen. Zudem bietet die Stiftung eine spezielle Fortbildung für Polizeipersonal an, "denn oft sind die Täter besser bewaffnet als sie selber", versichert Cruz.

Als eine der wenigen Organisationen, die aus rein zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement gegründet wurden, erhält *Sobrevivientes* jährlich eine staatliche Finanzierung, was unter anderen Nicht-Regierungsorganisationen schon auf mancherlei Kritik gestossen ist.

Mehr Telefone als Leute

Guatemala, 20. Jan. Vor zehn Jahren, als die Regierung die Privatisierung des *Guatemaltekischen Telekommunikationsunternehmens* (GUATEL) beschloss, tat sie dies in dem Glauben, es gäbe eine nicht befriedigte Nachfrage nach etwas mehr als einer Million Telefonen. Zu dem Zeitpunkt funktionierten lediglich 400'000 Festnetzlinien.

Im vergangenen Jahr zeigte sich ein völlig anderes Panorama. Bis Juni 2008 meldete die *Telekommunikationsaufsichtsbehörde* (SIT), dass im Land 13,6 Mio. Mobiltelefone und 1,4 Mio. Festnetzlinien in Betrieb seien, insgesamt also rund 15 Mio. Telefone, die die Anzahl der EinwohnerInnen die derzeit vom *Nationalen Statistikinstitut* (INE) auf 13,6 Mio. geschätzt wird, deutlich übersteigt.

1996, vor der Privatisierung von GUATEL gab es je ein Unternehmen, das für die Vergabe von Festnetzlinien (GUATEL) und von Mobiltelefonen (COMCEL) zuständig war. In jenem Jahr konzentrierte sich das Netz zu 80% auf die Hauptstadt.

Heute teilen sich drei transnationale

Mobiltelefonunternehmen den Markt untereinander auf: *Tigo* (entstanden aus COMCEL, das inzwischen zum *Millicom International Cellular S.A.* (MIC) gehört, einem Unternehmen mit Sitz in Luxemburg) mit 34,3% Marktanteilen, *Movistar* (gehört zur spanischen Firma *Telefónica*) deckt 26% ab und *Claro* (gehört zu *Sercom* von Telgua, dem Unternehmen, das durch die GUATEL-Privatisierung entstanden ist und jetzt zum mexikanischen *Telmex*-Konsortium gehört) hält 39,7% des Marktes.

Eine wesentliche Veränderung im Bereich dieser Dienstleistung ist auch der Zeitaufwand für den Erwerb. Ein Mobiltelefon erhält man funktionstüchtig gleich im Laden - und überall, zumindest in den grösseren Ortschaften, im und auf dem Land und zu weitaus günstigeren Preisen als vor rund sechs Jahren. Und selbst Festnetzlinien werden - die bestehende Infrastruktur vorausgesetzt - inzwischen recht zügig vergeben. Selbst die Ausstattung mit drahtlosem Internetzugang (WLAN) ist in den guatemaltekischen Privathaushalten keine Seltenheit mehr.

¡Fijate!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75**

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Redaktion:
Barbara Müller**

**Christiane Treeck
c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de**

E-Mail-Abo: 50.-

**Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.**

www.guatemala.de/Fijate

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Diese Götter!

"Meine Götter sollen dich verfluchen!" sagte der Philister Goliath zu David vor 3000 Jahren im Territorium von Gaza. Der junge Priester spannte seine Schleuder und entgegnete ihm: "Ich greife dich an im Namen von Jahwe, dem Gott der Armeen, den du herausgefordert hast." Und im Kampf der beiden Götter gewann einmal mehr der Jüdische.

Der "Gott der Armeen" hat eine überraschend kriegerische Geschichte. Damit soll nicht die gereizte Aggressivität des Gottes der Hebräer mit den qualitativ hochstehenden menschlichen Werten gleichgestellt werden, welche die biblischen Propheten lauthals forderten und die Jesus umsetzte, bis er auf Befehl der jüdischen Hierarchen hingrichtet wurde. Man geht davon aus, dass in der Bibel der hebräische Gott seinen Gläubigen hunderte von Malen das Töten befiehlt. Klar ist er darin nicht der einzige. So kennen wir zum Beispiel auf dieser Seite des Meeres den "Gott der Christen", der "übers Meer kam", um unser Land zu erobern, die Bevölkerung zu unterdrücken und auszurotten und uns alle zur "richtigen" Religion zu bekehren, was in einem riesigen Massaker endete. Die Geschichte der Menschheit ist voll von nicht sehr beispielhaften Beispielen solch arglistiger Götter. Selbstverständlich sind die Bösen immer die Götter der anderen.

In der Gegenwart ist die israelische Politik gegen das palästinensische Volk laut dem UNO-Berichterstatte für den Nahen Osten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und der Genozid an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, dem wir über die Medien beiwohnen, ist selbst für viele traditionelle Zionisten nicht mehr vertretbar. Auch in diesen Brutalitäten hat ein Gott seine Hände im Spiel.

Diese kriegerischen Götter sind interessante Götter, die Herrschaftsprojekte legitimieren und heiligsprechen. Sie verleihen ihnen Legitimität, um sie als vernünftig und ehrenhaft erscheinen zu lassen. Sie verleihen ihnen Heiligkeit, um die Gewissen mit Schuld zu beladen und mit Leben und Tod zu spielen. Die einen werden als Märtyrer dargestellt, die lebenslanger Heiligkeit würdig sind, und die anderen als Ungläubige oder Heiden, die lebenslanger Schande ausgesetzt sein sollen.

Der Fall Israel ist anschaulich. Einige unabhängige jüdische Historiker wie Shlomo Sand, Professor für europäische Geschichte an der Universität von Tel Aviv und Autor des Buches "Wann und

wie wurde das jüdische Volk erfunden?", stellt die offizielle zionistische Geschichte in Frage (ich beziehe mich auf ein Interview von Eugenio García Cascón auf <http://www.publico.es/121692/el-pueblo/judio/invencion>). Hier einige seiner Schlussfolgerungen:

1. Die Römer, welche Israel im Jahr 70 n. Ch. einnahmen, haben die jüdische Bevölkerung nicht vertrieben. Rom hat keine Deportationen der unterdrückten Bevölkerung angeordnet. Kein Dokument jener Zeit erwähnt die Geschichte vertriebener JüdInnen, höchstens ist die Rede von einzelnen Gruppen, die in andere Regionen migriert sind.

2. Das Konzept des "jüdischen Volkes" ist eine Erfindung aus der Anfangszeit des Christentums, um die Gläubigen des Judentums zu stigmatisieren. Im 2. Jhd. verbreitete der Heilige Justin den Mythos, Gott habe die Juden mit dem Exil bestraft, sie aus dem "heiligen Land" vertrieben - wie Adam und Eva aus dem Paradies - als Strafe für die Kreuzigung Jesu. Es ist das erste Mal, dass die Vertreibung der Juden in der Geschichte erwähnt wird.

3. Auch wenn es keine Vertreibung der Juden gab, brach ihre Religion auseinander. Die sogenannten Juden waren Gläubige des Judentums. Viele von ihnen konvertierten im 4. Jhd. zum Christentum, nachdem Konstantin der Große dieses zur Religion seines Imperiums erklärte.

4. Unter den arabischen Völkern, die Anfang des 8. Jhd. die iberische Halbinsel einnahmen, gab es wichtige Gruppen jüdischen Glaubens. Zeugenberichte jener Zeit belegen, dass die Christen den Juden und den Muslimen die Schuld für die Eroberung gaben.

5. Die Präsenz von Juden in Polen und Deutschland in späteren Jahrhunderten hat ihren Ursprung in der Vertreibung der türkstämmigen Chasaren aus Zentralasien durch die Mongolen, welche seit dem 8. Jhd. starken religiösen Einflüssen des Christentums, des Islams und des Judentums ausgesetzt waren. Im 12. und 13. Jhd. gab es in Deutschland nur ein paar hundert Juden, weshalb die Millionen von polnischen Juden im 20. Jhd. nicht aus Deutschland stammen können. 1961 kam auch ein angesehener israelischer Historiker zu dem Schluss, dass die Chasaren die Vorfahren der Juden Osteuropas seien.

6. Was Palästina betrifft, haben 1918 der Historiker Ben Zvi und Ben

Gurion ein Buch geschrieben, in dem sie beteuern, dass die palästinensischen Araber eigentlich Nachfahren der Juden seien. Diese These verschwindet nach 1929 vollständig aus den Geschichtsbüchern, heute wird sie bestritten. Sowohl Ben Zvi wie auch Ben Gurion waren später mehrmals Präsidenten Israels. Ben Gurion ist ausserdem als einer der kriegerischsten Gründer dieses Staates bekannt.

Der zionistische Gott verwandelte sich im letzten Jahrhundert in ein Stück der imperialistischen Öl-Strategie. Lord Balfour, britischer Aussenminister im Jahr 1917, unterzeichnete seine berühmte Deklaration mit dem Versprechen, in der palästinensischen Kolonie eine "nationale Heimstätte" des jüdischen Volkes zu errichten. Dabei kam es ihm nicht darauf an, mit welchen Mitteln das Öl im Mittleren Osten gesichert wird. Wichtig sei einzig, dass der Zugang zu diesem Öl gewährleistet sei. Später versicherte Cordell Hull, nordamerikanischer Staatssekretär von 1933 bis 1944, es sei "nötig zu verstehen, dass das saudi-arabische Öl einer der mächtigsten Schalthebel der Welt" sei (zitiert nach Roger Garaudy: "Los Mitos fundacionales del Estado de Israel" Ed. Historia XXI, Barcelona, España. Diciembre 1997).

Um an diesem Schalthebel zu sitzen, halten sich die kapitalistischen Länder des Westens, allen voran die USA, Israel als einen Söldnerstaat, der von den UNO-Diplomaten verhätschelt wird und privilegierter Empfänger von Geldmitteln und hochentwickelten Waffen, inklusive Nuklearwaffen ist. Die nordamerikanische zionistische Lobby hat sich im Schatten eine immense Macht aufgebaut. Dieser Tage kamen glaubhafte Anzeichen ans Licht, dass Barack Obama seit seiner Universitätszeit ein Schützling des einflussreichen zionistischen Netzwerks ist (James Petras in adital.com, 8. Jan. 2009).

Israel hat mit der brutalen Offensive gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza seine Augen nun auf die Gasquellen vor seinen Küsten geworfen und verfolgt das politische Projekt, auf Leben und Tod in der ölreichsten Region des Planeten ein Grossisrael zu errichten.

Aber in Guatemala ist es anders. Hier schweigen die Götter, während die transnationalen Unternehmen alles mit sich nehmen. Hier ordnen uns die Götter an, die Augen zu schliessen und zu beten.

So sind sie, die Götter.